

Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses

Band: 78 (1987)

Heft: 20

Rubrik: Aus Mitgliedwerken = Informations des membres de l'UCS

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 21.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Meinung

Wo aktuelle Themen aufgegriffen werden. Die erste Nummer wurde unseren Abonnenten mit der Junirechnung zugeschickt. 1,5% haben daraufhin das darin vorgestellte Energiesparbüchlein, herausgegeben vom Bundesamt für Energiewirtschaft, angefordert.

C.-A. Giriens, SRE

Ein Beratungsdienst über Elektrizität bei der SRE

Der sparsame Umgang mit Elektrizität im Haushalt ist ein wesentliches Anliegen sowohl unserer Kunden wie auch unserer Gesellschaft angesichts des Verbrauchsanstiegs in diesem Sektor.

Um auf Fragen aus der Öffentlichkeit zu antworten, ist eine vollamtliche Stelle mit einer Direktwahl-Telefonnummer (021/64 64 58) ins Leben gerufen worden, für die unsere Slogans «Direkte Linie zur SRE» und «Leichter Kontakt zur SRE» gelten.

Unsere Ziele sind:

- eine intensivere Kommunikation zwischen der SRE und ihren Abonnenten herzustellen
- den Zugang zu den verschiedenen Dienststellen zu erleichtern
- auf Fragen der Abonnenten zu antworten, die bei der Nutzung der Elektrizität auftauchen.

Eine wichtige Kampagne zur Propagierung dieses neuen Dienstes wurde am 1. September 1987 mit Plakaten in den Strassen, Anzeigen in Tageszeitungen und Festbroschüren von Gesellschaften sowie Spots an Lokalradios gestartet. Erste Bilanz wird schon am 31. Dezember 1987 gezogen werden können.

C.-A. Giriens, SRE

Opinion,

où des sujets d'actualité sont développés.

Le premier numéro a été envoyé à nos abonnés avec la facture de juin. 1,5% ont répondu en demandant la brochure proposée: «Le livret d'épargne Energie», édité par l'Office Fédéral de l'Energie.

C.-A. Giriens, SRE

Un service-conseil en électricité à la S.R.E.

La gestion de l'électricité dans le ménage est une préoccupation aussi bien de nos abonnés que de notre entreprise, vu les augmentations de consommation que nous avons relevées dans ce secteur.

Pour répondre aux questions du public, un poste à temps complet a été créé avec une ligne téléphonique directe (021/64 64 58), où nous mettons en application nos slogans «Le SRE en ligne directe» et «La SRE, le contact facile».

Nos objectifs:

- Etablir une communication plus intense entre la SRE et ses abonnés
- Faciliter l'accès aux différents services
- Répondre aux questions des abonnés sur l'ensemble des préoccupations que peut rencontrer un utilisateur d'électricité.

Une importante campagne de promotion a débuté le 1er septembre 1987 avec des affiches dans les rues, des annonces dans la presse quotidienne, dans les livrets de fête des sociétés, ainsi que des spots sur la radio locale. Un premier bilan sera établi le 31 décembre 1987 déjà.

C.-A. Giriens, SRE

Aus Mitgliedswerken

Informations des membres de l'UCS

EBM-Pionierleistung

Die EBM zeigt mit ihrem «multifunktionalen», neu erstellten Betriebsgebäude, wie man Energie spart, gleichzeitig die Umwelt um ein wesentliches weniger belastet und trotzdem nicht zu frieren braucht. Wie das funktioniert? Ideen muss man eben haben!

Und Ideen hat die EBM nicht erst seit heute. In langer Vorarbeit und in einer Bauzeit von zweieinhalb Jahren und unter Beteiligung von rund 200 mehrheitlich in der Region beheimateten Firmen ist ein imposantes Bauwerk mit einem Volumen von 60 000 Kubikmetern am Hauptsitz der Genossenschaft EBM in Münchenstein entstanden. Das ganze Gebäude ist aus Energiespargründen mit zehn Zentimeter dicken Isolierplatten eingepackt. Die Elektriker der EBM verlegten rund 250 Meter Kupferbänder für die Fundamentierung und etwa 25 Kilometer Rohre für den Einzug von unzähligen Installationsdrähten und Kabeln.

Abwärme von Transformatoren und EDV-Anlagen sowie Umweltwärme aus Massivabsorbern an der Fassade liefern im Winter mollige Raumwärme: Die Wärmepumpe macht es möglich. Ein Wärmespeicher ergänzt die Anlage. Der Heizkessel tritt nur an extremen Frosttagen in Funktion, was zu einer Verminderung des Ölverbrauchs von sage und schreibe 90% führt. Dies bedeutet nicht nur Einsparung an importiertem Brennstoff, sondern auch eine wesentliche Verminderung der Luftverschmutzung durch Heizabgase

auf einen Zehntel des bisherigen Wertes! Im Endausbau des Wärmeverbundes wird die Einsparung 165 Tonnen Öl im Jahr betragen.

Das bis heute wohl Einmalige an der EBM-Heizung ist jedoch, dass mit der Energiefassade nicht nur beim Heizen Energie gespart wird, sondern auch beim Kühlen. Die Fassade dient nämlich während der Übergangszeit, wenn keine Raumwärme benötigt wird, als direkter Kühler für die EDV- und Notstromanlage. Während 4 bis 5 Monaten im Jahr stehen die Kühlmaschinen still, die immerhin einen Leistungsbedarf von mehreren Dutzend Kilowatt aufweisen. Erst bei Hochsommertemperaturen müssen sie eingesetzt werden. Mit einem elektronischen Steuerungssystem kann die Anlage so betrieben werden, dass sie jeweils optimal an die Bedingungen und an die Ansprüche angepasst wird.

Mit dieser Pionierleistung ist es der EBM zweifellos gelungen, im Jahr ihres 90jährigen Bestehens einen langen Katalog von infrastrukturellen Vorstellungen und Erfordernissen unter ein einziges Dach zu bringen. Es bleibt zu hoffen, dass andere Betriebe davon inspiriert werden und es der EBM gleichtun wollen. Denn es zeigt sich hier einmal mehr, dass ideelle Vorstellungen und Effizienz mit entsprechendem Engagement durchaus unter einen Hut zu bringen sind. Wer könnte da – bei einer ständigen und mittlerweile sogar alarmierenden Zunahme der Umweltbelastung und dem Ruf nach Sparen – noch nein sagen?

Es

NOK: Wechsel in der Direktion

Der Verwaltungsrat der Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK) hat Dr. oec. HSG Heinz Baumberger, bisher Stellvertretender Direktor, auf den 1. Mai 1988 zum neuen Direktor der Direktionsabteilung Energieverkehr und Betriebe und zum Mitglied der Geschäftsleitung gewählt.

Auf denselben Termin übernimmt Direktor Kurt Küffer, dipl. Ing. ETH, derzeit Direktor der Abteilung Energieverkehr und Betriebe, die Direktion Elektromechanik und Kernenergie. Er übernimmt die Nachfolge von dipl. Ing. ETH Ernst Elminger, seit 1970 Direktor dieser Abteilung, der nach 41 Dienstjahren bei den NOK auf Ende April 1988 altershalber zurücktritt. *NOK, Zürich*

Diverse Informationen Informations diverses

Sicherheit kleinerer Stauanlagen

Zu diesem Thema äusserte sich ein Kreisschreiben des Bundesrates an die kantonalen Regierungen vom 12. August 1987 wie folgt:

«Artikel 3^{bis} des Wasserbaupolizeigesetzes vom 22. Juni 1877 (SR 721.10) auferlegt dem Bundesrat in allgemeiner Form die Verantwortung für die Sicherheit der Stauanlagen. In der Vollziehungsverordnung vom 9. Juli 1957 (Talsperrenverordnung, SR 721.102) wird diese Verpflichtung insofern konkretisiert, als Sicherheitsanforderungen festgehalten werden und das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED) mit der Oberaufsicht über jene Talsperren betraut wird, die entweder eine Stauhöhe von mindestens 10 m aufweisen oder bei wenigstens 5 m Stauhöhe einen Stauraum von mehr als 50 000 m³ abschliessen. Talsperren mit geringeren Abmessungen sowie Wehre, welche den Stau durch bewegliche Verschlüsse erzielen, können dieser Oberaufsicht zusätzlich unterstellt werden, falls sie für die Unterlieger eine erhebliche Gefahr darstellen. Die Bundesaufsicht konzentriert sich somit auf Stauanlagen, die ihrer Grösse oder konkreter Besonderheiten wegen ein erhöhtes Gefahrenpotential in sich bergen. Zurzeit sind dies circa 200 Talsperren.

Demgegenüber kann das EVED die grosse Zahl kleinerer Stauanlagen, die von der geltenden Talsperrenverordnung nicht erfasst werden, in Wirklichkeit kaum kontrollieren.

In kürzlich durchgeführten Stichproben bei 19 dieser Anlagen wurden nun aber durchwegs Konstruktionsmängel festgestellt. Dieser Zustand kann nicht hingenommen werden. Dies um so weniger, als es infolge der zunehmenden Besiedelung unseres Landes kaum eine Stauanlage gibt, die im Falle eines Bruches nicht auch Menschenleben gefährden würde. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit erscheint uns deshalb eine effektive und regelmässige Kontrolle aller Stauanlagen unerlässlich.

Wegen des erforderlichen Verwaltungsaufwands kann es nicht in Betracht kommen, dass der Bund die Aufsicht über diese vielen hundert Kleinanlagen tatsächlich wahrnimmt. Das EVED ist dazu nicht in der Lage. Wohl begründet Artikel 3^{bis} Wasserbaupolizeigesetz an sich die generelle Zuständigkeit des Bundes für die Sicherheit der Stauanlagen. Der Bundesrat kann aber, so Artikel 3^{bis} Absatz 3 des erwähnten Gesetzes, die Kantone mit dem Vollzug beauftragen. Wir beabsichtigen denn auch, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen und den Kantonen die Aufsicht über die kleinen Stauanlagen zu übertragen. Die Talsperrenverordnung soll deshalb in absehbarer Zukunft entsprechend geändert werden.

Sécurité des petites retenues

Par sa lettre circulaire du 12 août 1987 aux gouvernements cantonaux, le Conseil fédéral s'exprimait comme suit sur ce thème:

«L'article 3^{bis} de la loi du 22 juin 1877 sur la police des eaux (RS 721.10) impose de façon générale au Conseil fédéral la responsabilité de la sécurité des retenues. L'ordonnance du 9 juillet 1957 (Règlement concernant les barrages, RS 721.102) fixe les mesures de sécurité nécessaires et charge le Département fédéral des transports, des communications et de l'énergie (DFTCE) de la haute surveillance de tous les barrages dont la hauteur de retenue est de 10 m au moins ou, si cette hauteur est de 5 m au moins, dont la retenue est supérieure à 50 000 m³. Les barrages de moindre dimension, de même que les barrages en rivière qui créent une accumulation au moyen de vannes mobiles, peuvent également être soumis à cette surveillance s'ils constituent un danger grave pour les régions situées en aval. L'autorité de haute surveillance se limite ainsi aux retenues qui, en raison de leurs dimensions ou de leurs particularités, constituent des installations à haut risque. A ce jour, cela concerne environ 200 barrages.

Par contre, le DFTCE ne peut en réalité guère contrôler le grand nombre de petits barrages retenues qui n'entrent pas dans le cadre du règlement concernant les barrages.

Des contrôles effectués dernièrement par sondage, sur 19 de ces ouvrages, ont montré que la construction de ceux-ci n'offrait pas une sécurité suffisante. On ne peut accepter une telle situation, d'autant moins qu'en raison de la densité de la population de notre pays, il n'existe guère de retenues qui, en cas de rupture, ne mettraient pas en danger des vies humaines. Afin que sécurité publique soit garantie, un contrôle effectif et régulier de toutes les retenues nous paraît indispensable.

Compte tenu de l'ampleur du travail, il est exclu que la Confédération assume elle-même la surveillance de centaines de petits ouvrages. Le DFTCE n'est pas en mesure de l'assurer, bien que l'article 3^{bis} de la loi fédérale sur la police des eaux donne à la Confédération toute compétence en matière de sécurité des barrages. Le Conseil fédéral peut, selon l'article 3^{bis}, 3^e alinéa, de la loi mentionnée, charger les cantons de l'exécution. Nous envisageons d'ailleurs d'utiliser cette possibilité et de déléguer la surveillance des petites retenues aux cantons. En conséquence, le règlement concernant les barrages sera révisé dans ce sens dans un proche avenir.